

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

14.03.2024

Inhalt

EWN

1 Leser kritisiert Sicherheitskonzept zum LNG-Terminal <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 14.03.2024</i>	3
2 «Die Kernkraft ist kein Selbstzweck, sondern unabdingbar» <i>Neue Zürcher Zeitung, 14.03.2024</i>	4

ENERGIETERMINAL „DEUTSCHE REGAS“

Leser kritisiert Sicherheitskonzept zum LNG-Terminal

René Maske aus Binz kritisiert das Sicherheitskonzept des Betreibers Regas und die Genehmigungsbehörden

OZ-Leser René Maske aus Binz hat Bedenken zum LNG-Sicherheitskonzept des Betreibers Regas und kritisiert die Genehmigungsbehörden. Im Notfall befürchtet er für den Tourismusort Binz auf Rügen negative Auswirkungen.

René Maske aus Binz schrieb uns zum Artikel: „LNG-Terminal auf Rügen als Störfallanlage eingestuft: Was bedeutet das für Mukran?“ vom 6. März. In dem Artikel ging es um einen ersten Überblick der rund 2000 Seiten starken Genehmigungsunterlagen des Unternehmens Regas und die darin aufgeführten Gutachten und geplanten Sicherheitsvorkehrungen.

René Maske, der Vorsitzende der Gemeindevertretung Binz, äußerte unter anderem Bedenken zum Sicherheitskonzept des Unternehmens Regas:

Die Anlage ist als Störfallanlage Kategorie 1 eingestuft worden. Gleichzeitig gibt die Regas an, dass ihre Mitarbeiter für alle möglichen Störfallsituationen ausgebildet sind und diese etwas lapidar ausgedrückt in den Griff bekommen. Entweder ist eine solche Aussage sehr naiv oder unglaublich optimistisch.

Ich hoffe und glaube auch, dass die Mitarbeiter gut ausgebildet sind. Trotzdem haben wir es gerade an zwei Fällen in Deutschland gesehen (Abfackeln des LNG in SH oder der Butanunfall im Süden Deutschlands), wie schnell eine solche Anlage an die Grenze der Kontrollierbarkeit und darüber hinaus geraten kann. Wir reden über ein 300 Meter langes Schiff (im Regelbetrieb sogar mehrere) in dem Hunderte Schieber, Regler und Ventile verbaut sind. Wir reden über eine Anlage, die in Bereichen unter hohem Druck steht und in anderen Bereichen sehr tief gekühlt ist.

Wir reden über Backupsysteme, die im Fall einer Katastrophe wahrscheinlich gerade einmal genug Zeit zur Evakuierung bieten. Und dann stellt sich der Betreiber

hin und sagt, mein Personal ist gut ausgebildet, mein Personal bewältigt jeden Notfall. Wir reden hier über eine Störfallanlage der Kategorie 1. Da ist das doch ein sehr dürftiges und wenig glaubwürdiges Sicherheitskonzept.

Ein wenig populistisch ausgedrückt, dachten auch die Mitarbeiter der „Deep Water Horizon“ bis zum 19. April 2010, sie wären auf alles vorbereitet und gut ausgebildet. Weiterhin lassen die Aussagen der Regas bezüglich der Schlepper vermuten, dass Teil eines Störfallplanes sein soll, das Schiff dann aus dem Hafen auf offene See zu bringen.

Diese offene See ist dann aber die Prorer Wiek, die offene See ist dann ein ökologischer Hotspot, die offene See ist dann im Zweifel aber ein Tourismusort mit gerade 15 000 bis 17 000 Besuchern plus knapp 6000 Einwohnern.

Mir fehlt bei einer Störfallanlage der Kategorie 1 einfach das Verständnis, dass die Behörden kein Katastrophenschutzkonzept verlangen und zur Bedingung einer eventuellen Genehmigung machen. Mir fehlt das Verständnis, dass ein Monitoring der Auswirkungen in die Hände der Betreiberfirma gelegt wird.

Es handelt sich um ein Millionen-, wenn nicht gar ein Milliardenprojekt. Da sollte ein externes Überwachungs- und Sicherheitssystem doch möglich und notwendig sein. Ich erwarte dort von den Genehmigungsbehörden weniger „blindes“ Vertrauen in die Betreiber und mehr Weitsicht für die eventuellen Auswirkungen.

📰 Neue Zürcher Zeitung | 14.03.2024 | S. 23

📄 Auflage: 80.908 | Reichweite: 243.000

«Die Kernkraft ist kein Selbstzweck, sondern unabdingbar»

Laurent Kueny verantwortet die Umsetzung der Energiestrategie der französischen Regierung. Nur mit neuen Reaktoren könne das Land seine Klimaziele erreichen, sagt er im Gespräch mit Nina Belz und Christoph Eisenring

Herr Kueny, braucht es die Kernkraft, um bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen?

Es gibt nicht viele Optionen, um klimaneutral zu werden. Zum einen geht es darum, dass wir den Strom effizienter einsetzen. Dennoch werden wir viel mehr Strom benötigen, um den Verkehr und das Heizen zu dekarbonisieren.

Allein bis 2035 müssen wir in Frankreich die Stromproduktion um gut 50 Prozent steigern, um immer mehr fossile Energie durch sauber produzierten Strom zu ersetzen. Und das müssen wir weitgehend ohne neue Kernkraftwerke schaffen – diese zu bauen, braucht mehr Zeit. Unsere Strategie baut daher keineswegs nur auf Kernkraft.

Welche Rolle spielen dann die Kernkraftwerke?

Zum einen rüsten wir bestehende Kraftwerke auf, damit sie länger laufen können, zum anderen müssen wir alte mit der Zeit ersetzen. Wenn wir jetzt nichts unternehmen, geht die CO₂-freie Stromproduktion aus AKW in zwanzig Jahren dramatisch zurück. Deshalb hat Präsident Macron entschieden, dass sechs neue Reaktoren gebaut werden und die Planung für weitere acht vorangetrieben wird. Es braucht eine extreme Anstrengung, damit Frankreich bis 2050 klimaneutral wird.

Die Schweiz und Deutschland wollen die Energiewende ohne Atomkraft schaffen. Ist das möglich?

Jedes Land muss seine eigene Analyse machen. Wir haben alle dasselbe Ziel. In Frankreich sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir den Strom effizienter nutzen, die Erneuerbaren ausbauen und die Kernkraftwerke erneuern müssen.

Gibt es in Frankreich keinen Widerstand gegen die Kernkraft?

Man führt in Frankreich auch eine Diskussion über die Kernkraft. Deshalb haben wir zum Beispiel das Kernkraftwerk Fessenheim abgestellt. Aber wir sind nicht dogmatisch unterwegs. Das Ziel, den Anteil der Atomkraft auf 50 Prozent zu senken, haben wir 2023 fallen gelassen. Die Kernkraft ist kein Selbstzweck, sondern unabdingbar, um bis 2050 klimaneutral zu werden.

Wie realistisch sind kleine modulare Reaktoren, auf die Kernkraftbefürworter setzen? Das am weitesten gediehene Projekt in den USA von Nuscale wurde kürzlich abgebrochen.

Frankreich hat einen Wettbewerb für solche Projekte ausgeschrieben. Gefördert werden derzeit acht Startups aus Frankreich und aus dem Ausland mit bisher 100 Millionen Euro aus einem Budget von 500 Millionen Euro. Die Pilotanlagen sollen in Frankreich stehen. Das Ziel muss eine wettbewerbsfähige und CO₂-freie Industrie sein.

Aber die enormen Kosten beim Nuscale-Projekt stimmen nicht gerade zuversichtlich.

Die Kosten und die Finanzierung sind überall eine Herausforderung, auch bei den Erneuerbaren. Bei der Kernkraft muss man wieder eine industrielle Basis aufbauen, die den Investoren Sicherheit und Planbarkeit bietet. Und man muss die Grössenvorteile nutzen, indem mehrere Projekte eines Reaktortyps umgesetzt werden.

Das neue französische AKW in Flamanville, das im Sommer ans Netz gehen soll, zeigt doch, wie Kosten und Zeitvorgaben völlig aus dem Ruder laufen. Welche Lehren hat man daraus gezogen?

Während zwanzig Jahren wurden keine neuen AKW mehr in Europa gebaut. Das hat sich bei den Projekten in Flamanville und Hinkley Point C in Grossbritannien

bemerkbar gemacht. Man musste eine ganze Lieferkette mit einer hohen Komplexität neu aufbauen. Das Problem geht aber über die Kernkraft hinaus. Wegen der Deindustrialisierung gingen in Frankreich gewisse Fähigkeiten in der metallverarbeitenden Industrie verloren. Im Kraftwerkbau werden in den nächsten Jahren 100 000

Arbeitsplätze entstehen. Damit bewegen wir uns auf Dimensionen zu, die wir in den 1980er Jahren hatten, als zahlreiche Reaktoren gebaut wurden.

Steckt dieser Mangel an Wissen und Fähigkeiten auch hinter den massenhaften Ausfällen der französischen AKW im Sommer 2022? Damals musste man gleich mehrere Reaktoren auf Korrosionsschäden überprüfen.

Das war eine schwere Prüfung, aber die Sicherheit geht immer vor. Es war das erste Mal, dass ein Defekt bei mehreren Reaktoren gleichzeitig auftrat.

Zeigt dieser Vorfall nicht, dass Frankreich mit seiner Abhängigkeit von der Kernkraft ein gefährliches Klumpenrisiko eingegangen ist?

Ja, die Kernkraft hat auch Nachteile, das haben die Ausfälle 2022 gezeigt. Aber es gibt kein Wundermittel, um die Dekarbonisierung zu meistern. Die Solarenergie liefert zum Beispiel in der Nacht gar nichts. Bei der Windkraft wiederum ist die Opposition besonders stark: Windturbinen aufzustellen, ist im Wallis wohl etwa ähnlich schwierig wie in ländlichen Gegenden in Frankreich.

Aber in Frankreich scheint es einfacher zu sein, ein Kernkraftwerk zu bauen, als einen Windpark zu errichten.

Dort, wo es schon Kernkraftwerke hat, ist die Opposition gegen eine Erneuerung gering. Aber wo es um neue Anlagen geht, ist der Widerstand gross, unabhängig davon, um welche Energiequelle es sich handelt. Die Regierung hat nun einen Prozess angestoßen, bei dem jede einzelne Gemeinde auf ihrem Gebiet Zonen bestimmt, in denen in beschleunigter Manier Solar- und Windanlagen errichtet werden können.

Werden die Gemeinden Geld bekommen, wenn sie sich an der Energiewende beteiligen?

Es gibt derzeit eine Debatte um die Wertteilung. Die Idee wäre, dass es eine Wertbeteiligung auf lokaler Ebene gibt, um die Akzeptanz der Projekte zu erhöhen.

In der Schweiz gibt es viele Leute, die Kernkraft gar nicht mögen. Ihnen dienen die Probleme, die Frankreich 2022 hatte, als Beweis, dass diese Form der Energieerzeugung nicht zukunftsfähig sei. Was sagen Sie diesen?

Die Sicherheit geht über alles. Und ich glaube, wir haben den Gesellschaftsvertrag mit den Franzosen bisher eingehalten und gezeigt, dass wir keine Risiken eingehen. Wir haben die von Problemen betroffenen Betriebe sofort abgestellt. Das hat uns viel gekostet. Nach der Überprüfung und den nötigen Reparaturen ist die Produktion dann auch schnell wieder angestiegen.

Frankreich hat beschlossen, die Laufzeit der ältesten Reaktoren um zehn Jahre zu verlängern; manche sprechen sogar von zwanzig Jahren. Gibt es da keine Sicherheitsbedenken aus der Bevölkerung?

Die für die nukleare Sicherheit zuständigen Behörden verlangen in der Regel eine Reihe von Modernisierungsarbeiten, die die Verlängerung erst möglich machen können. Die Verlängerung der Laufzeit ist dann vor allem eine wirtschaftliche Frage.

Wenn ein Betreiber entscheidet, die Investitionen nicht zu machen: Kann er dann mit Subventionen rechnen?

Was klar ist: Die Bedingungen am Energiemarkt müssen vereinbar sein mit der sicheren Ausbeutung der Reaktoren, damit man die Kosten decken kann. Niemand kann die Zukunft voraussagen – wir hatten bis vor kurzem sehr hohe Preise, nun sind sie etwas gesunken. Auf jeden Fall muss der Betrieb rentabel sein.

Der französische Staat hat im letzten Jahr die Electricité de France renationalisiert. Ist das ein Zeichen, dass eigentlich nur der Staat Investor in der Atomenergiebranche sein kann?

Die Dauer und die Beträge der Investitionen, vor allem in die Atomkraft, sind hoch. Dies führt zu einem Marktversagen. Staatliche Hilfen können das korrigieren. Sie können privaten Investoren den Rahmen geben, damit diese den Sprung wagen. Das ist zum Beispiel auch die Idee bei dem Wettbewerb für die Entwicklung der kleinen modularen Reaktoren.

Muss man den Investoren eine Preisgarantie geben, zum Beispiel für dreissig Jahre oder sogar mehr?

Das hat man beim britischen Reaktor Hinkley Point C gemacht. Bei den Reformen des europäischen Strommarktes 2023 hat man das Instrument der Differenzverträge vorgesehen, auch für erneuerbare Energien. Dabei erhält man Zuschläge, wenn der Marktpreis unter dem vereinbarten Preis liegt, und gibt Geld an den Staat ab, wenn man mehr verdient als den vereinbarten Preis. Das ist ein grosser Fortschritt. Aber es bleibt ein Werkzeug unter vielen, über dessen Einsatz die einzelnen Staaten entscheiden können.

Es scheint, dass der Durchschnittspreis von durch Sonne oder Wind gewonnenem Strom deutlich unter jenem aus neuen Atomkraftwerken liegt. Werden die neuen Reaktoren überhaupt wettbewerbsfähig sein?

Die Aufgabe der Atomkraftwerke besteht nicht nur darin, Strom zu produzieren. Vielmehr soll dieser konstant fließen und steuerbar sein. In Frankreich sind zehn Prozent der Produktion des Atomstroms variabel, das hilft extrem, das Netz stabil zu halten. Diese Aspekte müssen unbedingt berücksichtigt werden.

In Frankreich wird besonders seit dem Krieg in der Ukraine gerne betont, dass das Land eine souveräne Energieversorgung anstrebt. Uran kommt aber aus Niger, Usbekistan oder Kasachstan – Länder, die nicht unbedingt als verlässliche Partner gelten.

Es gibt einen relativ diversifizierten Markt, und unter den Anbietern sind auch Länder wie Australien oder Kanada, mit denen wir stabile Beziehungen und keine geopolitischen Reibungsflächen haben. Wir können daher sagen, dass wir für einen längeren Zeitraum das Risiko einer kritischen Abhängigkeit klein halten können.

Die Schweiz will Solarpaneele in den Alpen installieren. Ist das in Frankreich auch ein Thema?

Wir denken nicht spezifisch an die Berge. Bei uns stellt sich generell die Frage, Flächen für die Solarpaneele zu finden. Für ein Megawatt braucht es eine Hektare Platz. Wir haben jetzt schon die Regel, dass alle industriellen Bauten und Parkhäuser damit bedeckt werden müssen. Aber das wird nicht reichen. Derzeit gibt es

eine grosse Debatte darüber, was in landwirtschaftlichen Zonen möglich werden soll. Es gibt da zwei Aspekte: Einerseits ist das eine zusätzliche Einkommensmöglichkeit für die Landwirte. Andererseits dürfen die Sonnenkollektoren nicht in Konkurrenz mit der Lebensmittelproduktion treten. Und dann gibt es auch noch den Aspekt des Landschaftsschutzes. Es ist sehr schwierig, diese Bedürfnisse zusammenzubringen.

Das wird den Süden Frankreichs mehr betreffen als den Norden, oder?

Ja, klar, das ist ja bereits sehr sichtbar. Erneuerbar produzierten Strom zu gewinnen, ist nur ein Aspekt – man muss ihn dann auch noch ans Netz bringen. Dafür haben wir in den nächsten zehn Jahren rund 100 Milliarden Euro an Investitionen vorgesehen.

Die Kombination von Atomstrom mit Strom aus erneuerbaren Quellen ist ein Problem. Im Sommer gibt es sehr viel Strom, und der Preis fällt dann auf null oder wird sogar negativ – ein No-Go für den Betrieb von Atomreaktoren. Was kann man dagegen machen?

Man muss bei diesen Überlegungen den immer mehr integrierten europäischen Markt im Auge haben. Der Strom muss seinen Wert behalten, egal zu welcher Jahreszeit. Es darf nicht sein, dass sich die verschiedenen Energiearten gegenseitig kaputt machen.

«Im Kraftwerkbau werden in den nächsten Jahren 100.000 Arbeitsplätze entstehen.»

Spezialist für Atomenergie: Laurent Kueny ist im Oktober 2023 zum Direktor für Energie in der Generaldirektion für Energie und Klima ernannt worden. Sie ist dem französischen Wirtschafts- und Finanzministerium angegliedert. Zuvor war der 1980 geborene Kueny bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) in Wien tätig und dabei an der Neuverhandlung internationaler Abkommen beteiligt. Vor seinem jüngsten Wechsel war Kueny Vizedirektor im Innenministerium, wo er ein Team von 300 Mitarbeitern in den Bereichen Cyber und digitale Souveränität leitete. Das Gespräch fand am Rand einer Veranstaltung der französischen Botschaft und des Nuklearforums in Bern statt.